



FREIHEITSIDEE UND FREIHEITSGEBRAUCH

Politik muss zwischen Gleichheit und Freiheit vermitteln

IN DIESER AUSGABE:

Zukunft der Idee
des Liberalismus

Jugendpreis für
engagierte Querdenker

Wollte man die geschichtliche Entwicklung der Neuzeit auf einen Begriff bringen, wäre dies der Begriff der „Freiheit“. Am Beginn, noch ganz dem Mittelalter verhaftet aber gleichzeitig dieses aufbrechend, stand die Herausbildung eines säkularen Bereichs der Gesellschaft aus der christlichen Einheitswelt. Obwohl diese frühen Formen der Säkularität Ergebnis eines Emanzipationsprozesses waren, wäre es verfehlt, sie bereits als Ausprägung des neuzeitlichen Freiheitsverständnisses zu begreifen. Gleichwohl war in ihnen ein Potenzial angelegt, das auf Freiheitsgebrauch drängte. Ertrag der kirchlichen Reformbewegungen des späten Mittelalters war die Einsicht, dass das Offenhalten der theologischen Wahrheitsfrage nicht ohne Gewährleistung von Freiheit in Glaubensfragen zu haben ist.

Niemand vertrat diesen Standpunkt deutlicher als Martin Luther; mit seiner Lehre und seinem Handeln verschaffte er der neuzeitlichen Idee der Freiheit ihren weltgeschichtlichen Durchbruch. Der Thesenanschlag in Wittenberg, die Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ und sein Auftreten auf dem Wormser Reichstag zeigten deutlich, dass es einerseits nicht mehr länger möglich war, die Wahrheitsfrage autoritativ zu verwalten; andererseits aber wurde auch klar, dass es zur bleibenden Aufgabe jeder weltlichen Obrigkeit gehören würde, einen sozialverträglichen Umgang mit den unterschiedlichen Zugängen zur Lösung der Wahrheitsfrage zu finden.

Dieser Einsicht ging ein langer und schmerzhafter Prozess voraus. Am Ende stand die Überzeugung, dass es nicht Aufgabe der Obrigkeit sein kann, solche Fragen zu entscheiden, die das Gewissen des Einzelnen betreffen. Die Gewissensfreiheit war

deshalb die erste Freiheit, die massenwirksam wurde – zu einer Zeit, als es noch keine Religionsfreiheit gab, sondern nur Toleranzedikte.

Der weitere Fortschritt der Freiheitsidee vollzog sich unter repressiven Bedingungen. Der Freiheitsgebrauch stieß dort an eine Grenze, wo es um Möglichkeiten politischer Mitwirkung ging. Die gesellschaftliche Entwicklung nach dem Dreißigjährigen Krieg ließ zwar eine Öffnung für Freiheiten im Wirtschaftsleben zu; gleichzeitig wurden in der philosophischen Aufklärung alle bestehen-

den Barrieren im Denken niedergelassen. Aber zumindest unter den Bedingungen des Absolutismus in fast allen Ländern des europäischen Kontinents gab es kaum Möglichkeit, die Weiterentwicklung des Freiheitsgedankens in der Philosophie und den entstehenden Wissenschaften für die Implementierung politischer Freiheitsrechte fruchtbar zu machen. Der Liberalismus als politische Bewegung mit dem Ziel, eine am Ideal der Freiheit orientierte Gesellschaftsordnung zu schaffen, konnte in den ersten beiden Jahrhunderten seines Be-

stehens große Erfolge in Richtung ökonomischer Freiheit verbuchen, verlor sich aber in seinen politischen Entwürfen in vielerlei Utopien und nicht realisierbaren Idealbildern herrschaftsfreier Gesellschaftsgestaltung. Erst die Revolutionen in Amerika und Frankreich brachten den Durchbruch für an der Demokratie als Herrschaftsform orientierte Gesellschaftsentwürfe, die einen Ausgleich zwischen den Idealen Gleichheit und Freiheit suchen mussten.

Heutige Gesellschaften verstehen sich als freie Gesellschaften von Gleichen. Sie stehen am Ende einer Entwicklung, die keineswegs gradlinig verlaufen ist. Die vollständige Gewährung politischer Freiheit hat sich in Deutschland erst nach dem Ersten Weltkrieg mit der Weimarer Reichsverfassung durchgesetzt und wurde seither durch totalitäre Ideologien zweimal delegitimiert und beide Male außer Kraft gesetzt.

Seit dem Ende des Sozialismus klagt in Deutschland niemand mehr über einen Mangel an Freiheit, wohl aber an fehlenden Möglichkeiten, seine Freiheitsansprüche zu realisieren. Die Entwicklung seither ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das zwingt die Politik, aber auch die Verfassungsgerichtsbarkeit, verstärkt den Blick auf die realen sozialen Bedingungen zu richten, unter denen die Grundrechte, in denen sich die vielfältigen Freiheitspostulate der Neuzeit realisieren, ausgeübt werden können. Die Freiheitsversprechen des demokratischen Rechtsstaates erfüllen sich in einer materiell ungleichen Gesellschaft nicht von selbst, sondern sind von sozialstaatlichen Unterstützungen abhängig, die als Ansprüche aus der offenen Gesellschaft an den Gesetzgeber herangezogen werden.



Schlosskirche in Wittenberg: Hier fand Luthers Thesenanschlag statt.

(Foto: epd)

Martin Schuck

EDITORIAL

Der interreligiöse Dialog ist ein schwieriges Unternehmen. Im Fall der verhinderten Verleihung des Hessischen Kulturpreises an den deutsch-iranischen Schriftsteller Navid Kermani ist dieser Dialog furios gescheitert. Gute Absichten, Taktlosigkeit, Überzeichnungen, Empfindlichkeiten und die Verkürzung der Debatte auf wenige Reizworte führten am Ende zu einer desaströsen Kommunikationslage, die nicht mehr zu retten war.

Ist es tolerabel, wenn Kermani in einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ erklärt, dass er das Kreuz rundherum ablehnt und Kreuzestheologie für Gotteslästerung hält? Er trifft damit – zumal nach protestantischem Verständnis – den Kern der christlichen Identität. Allerdings sollte man sich daran erinnern, dass auch in der Christentumsgeschichte ganz unterschiedliche Lesarten des Kreuzes erwogen wurden: vom Johannesevangelium über den Bilderstreit und die kontroverstheologischen Auseinandersetzungen in der Reformationszeit bis hin zu aktuellen Vorschlägen, das zentrale Symbol des Christentums durch den Fisch oder die Krippe zu ersetzen. Eines hat Kermani auf jeden Fall erreicht: Er hat ein Wecksignal gegen die christliche Kreuzesvergessenheit geschickt.

Kermani hat auch erklärt, dass er Menschen, die zum Kreuz beten, nicht weniger respektiere als andere. Er gesteht zu, dass er selbst nicht besser weiß, was zu glauben ist. Und er setzt sich mit eigenen religiösen Traditionen kritisch auseinander. Es



Akademiendirektor Christoph Picker.

ist nicht in erster Linie die Märtyreri- deologie der Schia, die er mit dem Begriff des Pornografischen in Verbindung gebracht hat.

Der zivilisierte Dialog zwischen den Religionen erfordert den Verzicht auf die Diffamierung Andersgläubiger. Er ist unvereinbar mit der Anwendung oder Androhung von physischem oder psychischem Zwang. Wenn er gelingen soll, ist er auf Klarheit angewiesen. Und er bietet die Chance, an der Differenz die eigene Identität zu schärfen. Navid Kermani hat dem interreligiösen Dialog nicht geschadet. Er wird weitergehen – auch in den Veranstaltungen der Evangelischen Akademie der Pfalz.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Der Dachverband der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD) hat eine neue Spitze. Zum Vorstandsvorsitzenden hat die Mitgliederversammlung den Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll, Joachim Beck, gewählt. Neuer Generalsekretär ist Klaus Holtz, der bisher das Evangelische Studienwerk Villigst leitete.

Die Evangelische Akademie der Pfalz ist eine von 15 Mitgliedsakademien der EAD. Sie gehört zu den kleinsten Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Mit ihren Kompetenzen im interkulturellen Dialog, im Bereich Wirtschaftsethik und mit dem Programm der Jungen Akademie findet sie bundesweit Beachtung. Die Evangelische Akademie der Pfalz ist außerdem Mitglied im europäischen Akademieverband Oikosnet.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/60 20-0, Fax: 0 62 32/60 20-22, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Evangelischer Presseverlag Pfalz GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

VERTREIBUNG UND VERSÖHNUNG

Seit vier Jahren widmet sich das Projekt „Die Welt, die Migranten schufen“ den Beweggründen und Folgen von Migration. Den Mittelpunkt bilden Zeitzeugeninterviews. Diese Konzentration auf biografische Geschichtsdeutungen erlaubt es, die politischen Darstellungen über Migrationsverläufe mittels der Erfahrungen der Protagonisten gegenzulesen. Dadurch gewinnen die statistischen Erhebungen Konturen und Gesichter.

Blickt man auf die europäische Geschichte, so durchziehen sie Migrationsbewegungen und Grenzverschiebungen wie ein roter Faden. Dabei gingen die neuen Grenzziehungen meist der Migration voran und schufen veränderte Mehrheits- und Minderheitenverhältnisse unter der Bevölkerung. In der Folge waren religiöse oder konfessionelle Homogenisierungen sowie kulturelle Diskriminierungen neben ökonomischen Krisen mit die häufigsten Ursachen für Wanderbewegungen.

Besondere Formen von Migration sind die politisch und die ethnisch erzwungene, die wiederholt zu massenhaften Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Ausweisungen führten. In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg widmet sich die Akademie seit einem halben Jahr dem Spannungsbogen vom Kriegsende zum gemeinsamen Europa. Tschechische und deutsche Studierende fragen nach Zwangsmigrationen am Ende des Zweiten Weltkriegs und seinen Folgen. Zeitgleich beschäftigen sich polnische Studierende mit dem Thema. Im Oktober werden sich beide Gruppen in der Kreisau, Polen, ihre Ergebnisse gegenseitig vorstellen und diese diskutieren. Im Januar 2010 findet im Rahmen eines öffentlichen Themenabends die Abschlussveranstaltung in Landau statt.

Bei den Tagungen in Landau und Heidelberg wurde schnell deutlich, wie sehr Sprache die Bewertung prägt: Waren die Ausreiseströme „Vertreibungen“ oder „Ausweisungen“ oder „Umsiedlungen“, wie es im Sprachgebrauch der DDR hieß? Und was folgt aus der Bewertung? Nimmt diese Einfluss auf die Anerkennung individuellen Leids? Darf man Parallelen ziehen zwischen polnischen Vertriebenen aus dem ehemaligen Ostpolen und den Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Grenze? Können die Erfahrungen beider nebeneinander gestellt werden, ohne die historischen und politischen Kausalitäten zu verwischen?

Die Studierenden analysierten ihre eigenen schulischen Vorprägungen und die daraus resultierende Perspektive. Sie diskutierten die Debatten, die in ihren jeweiligen Ländern über das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ geführt wurden und

fragten nach einer transnationalen Geschichtsschreibung, wie sie in deutsch-polnischen und in tschechisch-deutschen Kommissionen insbesondere nach den umwälzenden Veränderungen in Europa nach 1989 einen Anfang gefunden hat. Sie beschäftigten sich mit den Beneš-Dekreten und diskutierten, ob der Rettungsversuch der Tschechoslowakischen Republik gegen die NS-Okkupation in ein staatlich legitimes Unrecht umschlug. Einig war man sich in der Zurückweisung von Entschädigungsforderungen, wie sie die „Preußische Treuhand“ vortrug, sowie in der Anstrengung für ein geeintes Europa, das trotz nationaler Zusammensetzung bereits postnationale Züge trägt.

Dass Tragik und Komödie, Lebensdrama und Glück eng beisammenliegen, zeigte der tschechische Film „Ich habe den englischen König bedient“ nach einem Roman von Bohumil Hrabal. Zum ersten Mal in der tschechischen Filmgeschichte thematisiert er die Vertreibung der Sude-

tendeutschen. Die Erzählperspektive ist die eines tschechischen Kellners, dessen Karriere durch die jeweiligen politischen Konstellationen gefördert beziehungsweise verhindert wird. Zwischen den politischen „Großwetterlagen“ vollzieht sich sein Leben, fremd- und selbstgesteuert zugleich. Vielleicht sind es gerade solche politisch unkorrekten Situationskomiken, wie sie der Film zeigt, die das Eis zwischen Geschichtsdeutungsansprüchen brechen können und eine neue Generation in den Euroregionen zu umfassenderen Deutungen führen. Dass hierzu die persönlichen Erlebnisse von Betroffenen von elementarer Bedeutung sind, bestätigte sich in den Zeitzeugengesprächen. Angst, Gewalt, Ohnmacht, Verlust, Arbeitslosigkeit und entgegengebrachtes Misstrauen seitens der neuen Umgebung durchziehen die Berichte durchgängig – bei Deutschen wie bei Polen. Und es scheint, dass gerade solche Erzählungen den Grad anzeigen, in dem die alten Wunden verheilt sind und Versöhnung möglich wird.

Interessenten an dem öffentlichen Themenabend im Januar 2010 können sich bereits im Sekretariat der Akademie vormerken lassen, eine Einladung geht ihnen dann Anfang Dezember zu.

Georg Wenz

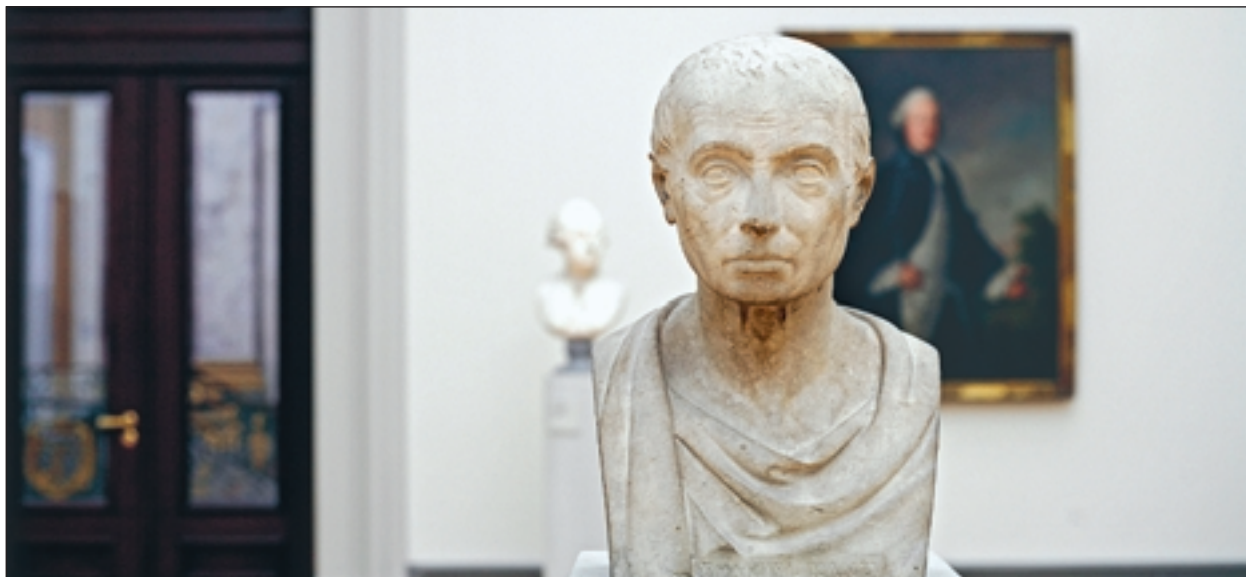
Migrationsbewegungen und Grenzverschiebungen durchziehen die europäische Geschichte.

Die Ideen des Liberalismus transportierten ursprünglich ein spezifisches Anliegen des dritten, des bürgerlichen Standes, der sich gegen Feudalismus und Absolutismus aufgelehnt hat und die großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts bewirkte. Dabei kann die liberale Programm- und Ideengeschichte als eine auf gemeinsamen Merkmalen beruhende Tradition beschrieben werden. Vorländer nennt insgesamt vier Gemeinsamkeiten.

Das erste Merkmal des Liberalismus ist der Vorrang der individuellen Freiheit. Einer Formulierung John Stuart Mills zufolge ist Freiheit zuerst und grundlegend „Abwesenheit von Zwang“, was im Kontext der frühen Neuzeit zunächst als Freiheit von Willkürherrschaft und Despotie seine Ausdeutung fand. Dieses Freiheitsverständnis, das von den schottischen Moralphilosophen und englischen Utilitaristen als konsequente Ermächtigung zur Verfolgung des eigenen Interesses gedeutet wurde, erfuhr bei Kant eine zusätzliche ethische Komponente als die aus Pflichtgefühl erfolgte Unterwerfung unter das Sittengesetz. Die daraus entstehende Doppelstruktur des Freiheitsbegriffs denkt die Abwesenheit von Zwang zusammen mit dem freiwilligen Verfolgen eigener moralischer Überzeugungen. So wird die Grundlage geschaffen für eine Verantwortungsethik, die vor allem in der Politik die Balance zu halten versucht zwischen der Tatsache, dass jeder Einzelne das Recht zur Beteiligung an der Politik hat, dazu aber nicht gezwungen werden darf.

Daraus folgt als zweites Merkmal des Liberalismus sein restriktives Staatsverständnis. Die Aufgabenbeschreibung für den Staat, Recht und Frieden zu sichern, ist nicht mehr als ein machtpolitisches Minimalprogramm. Die individuellen Freiheits-, Grund- und Bürgerrechte markieren die Grenze der staatlichen Eingriffsgewalt. Allerdings schafft eine funktionierende Staatlichkeit allererst die Voraussetzungen für die Freiheitsausübung, indem sie Institutionen schafft und in Geltung hält, die es den Bürgern ermöglichen, ihre gegensätzlichen Interessen gewaltfrei zum Ausgleich zu bringen.

Als drittes wesentliches Merkmal der liberalen Programmtradition nennt Vorländer die Überzeugung von der Rationalität und Effizienz des Marktes. Dem Markt wird zugeutraut, über seine Mechanismen von Angebot und Nachfrage sowohl für ausreichend Produktion, als auch für gerechte und effiziente Verteilung von Waren zu sorgen. Voraussetzung für das Gelingen ist dabei die freie ökonomische Betätigung des Einzelnen und die Garantie des Eigentums. In diesen Grundlagen der Marktwirtschaft sah die klassische ökonomische Theorie des Liberalismus immer



Immanuel Kant: Einflussreicher philosophischer Vordenker des Liberalismus.

(Foto: epd)

WAS IST LIBERAL?

Der Liberalismus bietet mehr als unregulierte Märkte

Kritiker des „Neoliberalismus“ sehen sich ins Recht gesetzt: Als ökonomische Theorie, die für die Deregulierung der Finanzmärkte und die Zurückdrängung des Staates steht, ist er gescheitert. Ist damit aber der Liberalismus insgesamt gescheitert? Der Dresdner Politologe Hans Vorländer wagte bei den Akademiegesprächen in Landau einen differenzierten Blick auf die Frage, was liberal ist. Im Folgenden eine Zusammenfassung:

auch eine moralphilosophische Grundlage für die Wohlgeordnetheit der Gesamtgesellschaft und der Gesellschaften untereinander.

Schließlich ist als vierte Gemeinsamkeit aller Verwirklichungsformen des Liberalismus die Trennung von Staat und Gesellschaft zu nennen. Das schließt zwar einerseits aus, dass staatliches Handeln eine totalitäre Perspektive auf die Gesellschaft einnimmt; Liberale setzen grundsätzlich Vertrauen in den Selbstlauf der einzelnen Bereiche der Gesellschaft. Gleichzeitig wird andererseits aber nicht ausgeschlossen, dass der Staat auch öffentliche Aufgaben zu übernehmen hat, etwa im Bereich der Infrastruktur, bei Erziehungs- und Dienstleistungsaufgaben sowie bei der Existenzsicherung verarmter Bevölkerungsgruppen. Immer aber wird durch das Postulat der Trennung von Staat und Gesellschaft die Kompetenz zur besseren und effizienteren Problemlösung bei den Individuen und der Gesellschaft gesehen; die Intervention des Staates in solche Bereiche, die der Problemlösungskompetenz der Gesellschaft obliegen, bleibt begründungsbedürftig.

Dieser liberale Programmbestand entfaltete seine Wirkung im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert als politisches Emanzipationsprogramm. Mit der Ausbildung des Industrieka-

pitalismus ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten sich jedoch soziale und ökonomische Auswirkungen, die geeignet waren, die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Liberalismus als politischem Programm zu markieren. Wollte der Liberalismus nicht zu einer den Status quo verteidigenden Klassenideologie werden, musste er durch Reformen versuchen, sein Programm an die veränderten sozialen Verhältnisse anzupassen. Das Ergebnis dieser Reformbemühungen war im deutschen Kontext der Sozialliberalismus.

Wesentliche Veränderung des Sozialliberalismus gegenüber dem klassischen Liberalismus war die begrenzte Zulassung von politischen Interventionen in das Marktgeschehen, um so die sozialen und materiellen Voraussetzungen der individuellen Freiheitsausübung sicherzustellen. Interventionen waren auf zwei Wegen möglich: Zum einen durch eine Begrenzung

wirtschaftlicher Konzentration, in Deutschland vor allem die Kartellgesetzgebung, und zum anderen durch die Demokratisierung der Unternehmensstrukturen, etwa durch Mitbestimmungsgesetze. Programmatisch wird die Wende zum Sozialliberalismus in den „Freiburger Thesen“ der FDP von 1971 vollzogen, für die ökonomische Theorie am einflussreichsten war das in den 1930er Jah-

ren entstandene Werk des gegenwärtig wieder viel zitierten John Maynard Keynes.

Am Ende des 20. Jahrhunderts wurde, von England und den USA ausgehend, auch in Deutschland der Sozialliberalismus zurückgedrängt zugunsten eines reinen Wirtschaftsliberalismus. Dieser Wirtschaftsliberalismus vernachlässigte weite Teile der alten liberalen Programmtradition und verstand sich als rein wirtschaftliches Modernisierungsprogramm. In der Konsequenz dieser Reduktion lag es auch, dass er sich für die Deregulierung der Finanzmärkte einsetzte. Für die politische Umsetzung dieses Programms sorgten nicht nur die Parteien des organisierten Liberalismus, sondern nahezu alle politischen Kräfte. In Deutschland war es die aus Sozialdemokraten und Grünen bestehende Bundesregierung, die die entscheidenden gesetzlichen Initiativen zur Förderung des „Neoliberalismus“ einleitete.

Vorländer weist darauf hin, dass der radikale Wirtschaftsliberalismus eine Verkürzung der liberalen Programmtradition ist, weil er die kulturelle Einbettung des modernen Liberalismus ignoriert. Gerade darauf hatten jene „Neo-, oder „Ordo“-Liberale bestanden, die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die soziale Marktwirtschaft begründeten. Diese Ökonomen, etwa Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, hatten wenig gemein mit den „Neoliberalen“ des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts. mas

Der radikale Wirtschaftsliberalismus ist eine Verkürzung der liberalen Programmtradition.

Das Jahr 1949 markiert die Geburtsstunde der BRD und der DDR. Für einen Deutschen bedeutet das Datum die Teilung in zwei deutsche Staaten. Erinnerung man sich aber noch an die Aushänge, die damals die öffentlichen Plätze im Westen säumten: „Deutschland dreigeteilt? Niemals!“ Abgelehnt wurde in Deutschland damals nicht nur die Existenz zweier Staaten, sondern auch die Annexion der ehemaligen deutschen Ostgebiete durch Polen und die UdSSR.

Auf französischer Seite hat man das anders wahrgenommen: Von Anfang wurde die Oder-Neiße-Grenze akzeptiert und die Gründung zweier deutscher Staaten folglich nicht so empfunden wie in Deutschland. 1949 ist deshalb für Frankreich kein besonderes Datum. Die französische Haltung nach 1945 kennzeichnet sich vielmehr durch zwei Feststellungen und eine Situationswahrnehmung, auf die ich näher eingehen will.

Die erste Feststellung: Frankreich glaubt, den Krieg gewonnen zu haben. Obwohl die Niederlage vom Juni 1940 die schwerste war, die das Land jemals erlebt hat, und obwohl auch die anschließende deutsche Besetzung als Demütigung empfunden wurde, ist der Mythos des siegreichen Frankreich auch heute noch tief in die Mentalität der Franzosen eingewurzelt.

Grundlage dafür ist die Tatsache, dass General de Gaulle zunächst alleine, dann mit der Hilfe einer Handvoll Kämpfer der Force Française Libre, den Kampf fortgesetzt hat.

Weiterhin wichtig ist der bereits 1942 begonnene „Innere Widerstand“; die Kommunisten, gelähmt durch den Hitler-Stalin-Pakt, machten erst nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR mobil. Schließlich wurde auf eine schmerzvolle Säuberung weitgehend verzichtet, denn offiziell gab es nur wenige Kollaborateure; Frankreich betrachtete sich als eine Nation der Widerstandskämpfer. Deshalb weigerte sich der französische Staat lange, eine Verantwortung für die Schoah anzuerkennen, da das Vichy-Regime unter Marshal Petain offiziell als illegitim galt.

Die zweite Feststellung: Frankreich glaubt eine große Macht zu sein. Es hat einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und ist mit einem Veto

recht ausgestattet. Der baldige Eintritt in den Club der Nuklearstreitmächte bestärkt diese Vorstellung. Auch hat es durch seine Kolonien eine weltweite Ausdehnung, und die französische Sprache ist auch nach 1945 die Kultursprache vieler Intellektueller auf der ganzen Welt. Noch lebt Frankreich von dieser Errungenschaft des 18. Jahrhunderts, als an den europäischen Höfen und unter den Diplomaten französisch gesprochen wurde.

Zur besonderen Situationswahrnehmung gehört, dass Frankreich seit 1945 in zwei Kolonialkriege verwickelt ist – zunächst, von 1945 bis 1954, in Indochina, dann, von 1954 bis 1962, in Algerien. Diese Kriege belasteten das Land nach vier Jahren Besetzung und alliierten Bombardierungen schwer und führten zu einer ökonomischen Verspätung gegenüber seinen Nachbarn, insbesondere Deutschland. 1946 hatte Frankreich nur 20 Kilometer Autobahn, 1960 nur etwas mehr als 100. Dennoch gehörte Frankreich zu den Besatzungsmächten Deutschlands, wodurch das verstärkt wurde, was ich den „Komplex der Sieger“ nenne.

Die Vierte Republik war allerdings wegen ihrer Verstrickung in parteipolitische Querelen schwer zu regieren. Die Regierungen waren der Nationalversammlung verantwortlich, von der sie dauernd gestürzt wurden. In elf Jahren gab es 24 Regierungen, von denen eine nur drei Tage im Amt war, vom 2. bis 4. Juli 1950. So konnte keine politische Kontinuität entstehen,

auch nicht im Hinblick auf die französisch-deutschen Beziehungen.

Die französische Sicht der deutschen Frage hat aufgrund dieser Situation einige interessante Facetten. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Gründung zweier deutscher Staaten von der französischen Politik begrüßt wird. Galt der „Eiserne Vorhang“ in Westdeutschland als das „absolute Böse“, so sah man in Frankreich auch einige gute Seiten, denn er schwächte einen gefährlichen Nachbarn. „Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich glücklich darüber bin, dass es zwei davon gibt“, soll Francois Mauriac, ein französischer Journalist und Schriftsteller, gesagt haben.

Gleichfalls gilt es festzuhalten, dass es Menschen gab, die sich energisch für



Der Fall der Berliner Mauer war für Deutschland ein freudiges Ereignis, führte in Frankreich aber zu Bedenken.

(Foto: epd)

DER FRANZÖSISCHE STANDPUNKT ZUR EINHEIT DEUTSCHLANDS

Von der Teilung Deutschlands zur Wiedervereinigung – 1949-1989-2009

Für die Deutschen der jüngeren und der mittleren Generation ist es kaum noch vorstellbar, dass bis vor wenigen Jahrzehnten das Nachbarland Frankreich als „Erbfeind“ galt. Auch das Jahrzehnt direkt nach dem Zweiten Weltkrieg verlief nicht ohne Spannung. Erst mit der Unterzeichnung des Elyséevertrags 1962 wurde die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland immer weiter ausgebaut und führte mit der Zeit zu gutnachbarschaftlichen und freund-

Aussöhnung und den europäischen Aufbau einsetzten; genannt seien Männer wie Jean Monnet oder Robert Schuman. Doch deren Ideen mussten noch reifen.

Zwischen 1949 bis 1989 verändert sich die Denkweise der Franzosen. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen, die hauptsächlich die inneren Angelegenheiten Frankreichs betreffen.

Zunächst und grundlegend ist das Ende der Kolonialkriege zu nennen: Die Niederlage von Diem Bien Phu am 7. Mai 1954 mündet in die Vereinbarung von Genf am 21. Juli desselben Jahres und bringt Indochina die Unabhängigkeit. An Allerheiligen des gleichen Jahres 1954 beginnt in Algerien ein Krieg, nach dessen Namen man lange gesucht hat, denn offiziell sprach man nur von

„Algerischen Ereignissen“. Dieser Konflikt wirkte aufgrund der vielen Toten traumatisierend, denn es waren junge Männer, die ihren (Pflicht-)Wehrdienst ableisten, und keine Berufssoldaten wie in Indochina. Algerien erhält 1962 seine Unabhängigkeit, und Frankreich muss nahezu eine Million ehemaliger Kolonialsiedler integrieren.

Auf der Höhe der Algerienkrise gelangte General Charles de Gaulle an die Macht. Er installierte eine starke Exekutivgewalt, was seiner Meinung nach der einzige Garant für politische Kontinuität war. Durch ein Referendum lässt er eine neue Verfassung verabschieden, die den französischen Kolonien in Schwarzafrika die Unabhängigkeit bringt, und in deren Folge ein die

schaftlichen Beziehungen. Paul Greisser, Historiker und Lehrbeauftragter an der Universität Straßburg, referierte bei der gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademien der Pfalz und Badens sowie des Château de Liebfrauenberg zum Thema „20 Jahre Mauerfall“ über den deutschen Einigungsprozess im Urteil der Franzosen. Wir veröffentlichten eine Kurzfassung seines Vortrages, den Armand Beck übersetzt hat.

ganzen 1960er Jahre anhaltendes Wirtschaftswachstum einsetzt.

Im Blick auf die deutsch-französische Frage ist zweifellos die Absicht einer Versöhnung beider Völker die am stärksten treibende Kraft. Es sind hauptsächlich Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, die sie vorantreiben. Die Franzosen, die sehr stark durch die vier Jahre der deutschen Besetzung traumatisiert waren, konnten einen solchen Schritt nur akzeptieren, weil er auf Initiative des Generals stattfand. Die französisch-deutsche Versöhnung war durchaus erwünscht, sogar von den ehemaligen „Partisanen“; die öffentliche Meinung bleibt jedoch weitgehend der Vorstellung verhaftet, dass die Deutschen in ihrer Gänze nur „dreckige re-

vanchistische Boches“ sein konnten. Vergessen wir nicht, dass in den 1950er Jahren die Abschlussfahrt der Schulklassen einen Besuch von Oradour-sur-Glane zum Inhalt hatte, jenem „Märtyrerdorf“, das durch eine SS-Division am 10. August 1944 ausgelöscht wurde.

Der Elyséevertrag vom 22. Januar 1962 markiert deshalb nicht nur den Beginn eines Prozesses der Versöhnung, sondern auch und vor allem den Beginn einer langen Zeit der Zusammenarbeit beider Länder. Vorausgegangen waren zahlreiche Kontakte und gegenseitige Staatsbesuche, seit 1958.

Als Folge des Vertrages wurden einige gemeinsame Einrichtungen gegründet, die zu starken und aussagekräftigen Symbolen der Aussöhnung wur-

den. So entstand 1963 das Deutsch-Französische Jugendwerk, dessen Ziel es ist, junge Menschen beider Länder einander näherzubringen und ihnen zu ermöglichen, die Kultur des Nachbarn kennenzulernen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs und die Vereinbarungen über die deutsch-französischen Gymnasien 1972. Bereits 1969 wurde der Bau des Airbus A 300-B beschlossen. 1982 folgte die Gründung des Cirac, einem Zentrum für Forschung und Erstellung von Expertisen über die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft sowie über die deutsch-französischen Beziehungen. 1984 fand dann die Begegnung zwischen François Mitterand und Helmut Kohl in Verdun statt.

Erwähnt werden muss auch der schrittweise Aufbau der europäischen Institutionen, der nicht zuletzt vom guten Funktionieren der Beziehungen zwischen beiden Ländern profitierte, allen voran die Europäische Währungsunion, die zur Einführung des Euro führte, die Wahlen zum Europaparlament sowie das Schengener Abkommen.

Wie aber nahm die französische Seite während dieser Zeit das Deutschland wahr, mit dem man nun – und dieses Wort ist mit Absicht gewählt – neuerdings kollaborierte? Es war nicht mehr das preußische, militaristische, aggressive, also das imperialistische Deutschland, sondern ein vom Rhein geprägtes Deutschland, dessen Hauptstadt Bonn ist. Geografisch und kulturell ist es Frankreich nahe. Es ist eher das Deutschland, das Victor Hugo in seinen Reiseheften als romantisches Deutschland beschrieb. Dieses Deutschland wächst auf wirtschaftlichem Gebiet und wird Frankreichs erster Lieferant und bester Kunde.

Was bedeuten nun von diesem neu gewonnenen französischen Standpunkt aus der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands?

Einige Faktoren sind hier zu nennen: Deutschland ist ein großes, wirtschaftlich starkes Land, das seine internationale Stellung wieder zurückerhält, die es nach der Niederlage und der Besatzung verloren hatte. Eine neue geopolitische Situation sichert auch Deutschland den Frieden in stabilen und anerkannten Grenzen.

Berlin ist gerade mal 60 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Indem die Deutschen ihre Hauptstadt verschoben haben, haben sie auch ihre Blickrichtung verschoben. Sie blicken nun nach Osten. Das Zentrum Europas ist nicht mehr Frankreich, aber sehr wohl Deutschland! Dass Angela Merkel, die aus der ehemaligen DDR stammt, 2005 zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, ist aufschlussreich für diesen Sichtwechsel.

Die Zahl der deutschen Bevölkerung stieg mit einem Schlag von etwas mehr als 61 Millionen (eine Zahl, die vollkommen der Frankreichs vergleichbar ist) auf mehr als 82 Millionen. Das warf Fragen auf im Hinblick auf das französisch-deutsche Tandem, und es warf ebenfalls Fragen auf nach der Stellung Deutschlands innerhalb der repräsentativen europäischen Institutionen. Das erklärt auch eine gewisse Abkühlung, ja sogar einige Spannungen innerhalb der französisch-deutschen Beziehungen.

Vor diesem Hintergrund werden die Reaktionen der französischen Behörden auf den Fall der Mauer verständlich. Paris versuchte, die Wiedervereinigung zu verhindern in Verknennung der Tatsache, dass die DDR nicht mehr lebensfähig war und die UdSSR weder Mittel noch den Willen hatte, ihr Verschwinden zu verhindern.

Trotz dieser Fehleinschätzung, die viele Deutsche heute immer noch nicht nachvollziehen können, wird deutlich: Deutschland ist nicht mehr der Erbfeind. Es gilt im Gegenteil als verlässlicher,

stabiler Partner. Eine Umfrage aus dem Jahr 2005 hat gezeigt: 85 Prozent der Franzosen mögen die Deutschen. Einige gemeinsame Projekte der vergangenen beiden Jahrzehnte belegen, dass dies keine leeren Floskeln sind. Der Erfolg der Städtepartnerschaften (jumelages) in beiden Ländern, die 1989 erfolgte Gründung der deutsch-französischen Brigade, der Fernsehsender Arte mit seinem zweisprachigen Programm, das in beiden Ländern ausgestrahlt wird, und schließlich das gemeinsame deutsch-französische Geschichtsbuch, das die Tiefe der deutsch-französischen Annäherung dokumentiert. Das alles spricht für die breite Basis, auf der die Aussöhnung beider Länder mittlerweile steht.

Paris versuchte, die Wiedervereinigung zu verhindern, obwohl die DDR nicht mehr lebensfähig war.

Frankreich akzeptierte von Anfang an die Gründung zweier deutscher Staaten.



Gemeinsames Projekt mit der Universität Landau: Studenten der Hochschule Magdeburg-Stendal.

(Foto: Voigt)

GEWENDETE LEBEN

Dokumentarfilm über Personen aus Ost und West

Zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit erstellen Studenten der Universitäten Landau und Magdeburg-Stendal eine filmische Dokumentation. Dabei stehen die „gewendeten Leben“, also die Lebensgeschichten verschiedener Personen aus Ost und West zur Zeit der „Wende“ im Mittelpunkt. Träger des Projekts sind neben den beiden Universitäten die Evangelische Akademie der Pfalz, die Evangelische Akademie in Wittenberg sowie die Agentur medien+bildung.com. Stefanie Meleux, Studentin der Politikwissenschaft in Landau, stellt das Projekt vor.

In Deutschland ist dieses Jahr ganz schön was los. Nicht nur 60 Jahre Bundesrepublik und etliche Wahlen beschäftigen uns, sondern auch 20 Jahre Wiedervereinigung stehen an. Das ist der Grund, weshalb Studenten aus Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz im Projekt „Gewendete Leben – Die friedliche Revolution in ihren biografischen Auswirkungen“ ihr Wissen über die ehemalige DDR auf besondere Weise erweitern möchten. Im Mittelpunkt stehen nämlich nicht die theoretischen Auseinandersetzungen mit dem Thema, sondern Menschen, die ihre persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen an die friedliche Revolution von 1989 mitteilen.

Deren Erfahrungen werden von den Studenten mit der Kamera aufgezeichnet und anschließend ausgewertet. Aus den Beiträgen der Studenten beider Universitäten wird eine Dokumentation erstellt, die bis Herbst 2009 fertiggestellt werden soll. Um eine möglichst vielseitige Dokumentation zu erhalten, werden die Interviewpartner nach dem in Ansätzen der qualitativen Forschung bewährten Prinzip der größten Verschieden-

heit ausgewählt. Das bedeutet konkret: Es wird darauf geachtet, dass die Interviewpartner unterschiedliche Berufe, Interessen, Alter, Geschlecht und so weiter haben.

Die Ziele des Projekts sind vielschichtig. Zum einen soll die deutsche Wiedervereinigung ein individuelles Gesicht bekommen, zum anderen soll den Studenten durch den biografischen Zugang zur DDR die eigene Auseinandersetzung mit dieser erleichtert werden. Nach den Worten von Georg Wenz, Studienleiter an der Evangelischen Akademie der Pfalz und Betreuer des Projekts an der Universität Landau, ist es das Ziel der beiden Evangelischen Akademien, die jüngste deutsche Zeitgeschichte aus ost- und westdeutscher Sicht zu dokumentieren und aus dieser Doppelsicht gewohnte Blickwinkel zu überprüfen, zu erweitern und zu differenzieren.

Ein weiterer positiver Aspekt des Projekts ist die Zusammenarbeit der

verschiedenen Kooperationspartner. Zu nennen sind hier nicht nur die beiden Universitäten und die Evangelischen Akademien der Pfalz und Sachsen-Anhalts, sondern auch die Bezirksstellen in Halle und Magdeburg, verschiedene Vereine für Zeitgeschichte und die Lernwerkstatt Rheinland-Pfalz. An der Universität Landau-Koblenz ist in besonderer Weise das Frank-Loeb-Institut als Forschungsstätte für Politikvermittlung und internationale Verständigung in das Projekt eingebunden.

Gefördert wird das Projekt außerdem aus Mitteln der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie von der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz.

Für den 5. Dezember ist in Landau die Abschlussveranstaltung mit Filmvorführung geplant. Interessenten können sich bereits jetzt bei der Evangelischen Akademie anmelden.

**Die deutsche
Vereinigung soll
in einem
Filmprojekt
individuell
erfahrbar werden.**

INTERVIEW

Nadine Angene ist Teilnehmerin des Projekts „Gewendete Leben“. Sie studiert Politikwissenschaft und Germanistik im vierten Semester in Landau. Stefanie Meleux sprach mit ihr über ihre Erfahrungen und Eindrücke.

Was interessiert dich an diesem Projekt?

Ich hatte zwar in der Oberstufe Leistungskurs Geschichte, aber leider sind wir mit dem Stoff nicht ganz so gut durchgekommen, sodass wir das Thema DDR ganz zum Schluss nur gestreift hatten. Zu diesem Thema wollte ich jedoch unbedingt mehr erfahren. Zusätzlich hat das Seminar durch seinen außergewöhnlichen Inhalt und vor allem durch die Methode, Interviews mit Zeitzeugen zu führen, mein Interesse geweckt.

Wie findest du die Zusammenarbeit mit Studierenden einer weiteren Universität?

Gut, weil man sich bei einem gemeinsamen Treffen mit den Studenten aus Magdeburg austauschen konnte. Außerdem studieren sie Medienwissenschaften und haben somit mehr praktische Erfahrung, was Interview- und Kameraführung angeht. Sie konnten uns erste Eindrücke und Anregungen für unsere eigenen Interviews geben und wir hatten die Gelegenheit, uns den Film der Magdeburger schon einmal anzusehen. Dabei konnten wir als angehende Politikwissenschaftler stärker auf die Inhalte der Antworten achten und einiges ansprechen, was uns aus unserer Herangehensweise aufgefallen war.

Wie gefällt dir die Herangehensweise mit Zeitzeugeninterviews, Kameraaufnahme und so weiter?

Sehr gut, sie bietet eine gute Abwechslung im Uni-Alltag. Anhand der persönlichen Schicksale der Zeitzeugen lässt sich die unterschiedliche Geschichte der BRD und der DDR noch mal besser nachvollziehen.

Lernst du die DDR durch das Seminar und die persönlichen Begegnungen besser kennen?

Auf jeden Fall. Neben vielem anderen fand ich den Vortrag von Michael Wildt sehr informativ. In der DDR war er Theaterdramaturg und spielte eine aktive Rolle bei den Demonstrationen, die letztlich zur friedlichen Revolution geführt haben. Natürlich stand er auf der Bespitzelungsliste der Stasi. Zur persönlichen Begegnung mit dem Interviewpartner kann ich momentan noch nichts sagen, da wir unser Interview noch führen müssen. Ich könnte mir aber vorstellen, dass ich durch persönliche Erzählungen und Details aus dem Leben der Interviewpartner das Leben in der DDR besser kennenlernen.

JUNGE GENERATION FÖRDERN

Frank Rösl über den Jugendförderpreis der Akademie

Der Heidelberger Professor Frank Rösl ist Molekularbiologe und leitet eine Abteilung für Grundsatzforschung über humane Papillomviren am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ). Er arbeitete 16 Jahre mit Harald zur Hausen zusammen, der im vergangenen Jahr den Nobelpreis für Medizin erhalten hat. Seit einigen Jahren engagiert er sich in verschiedenen Programmen zur Jugendförderung. Martin Schuck sprach mit ihm über sein Engagement in der Jury des Jugendpreises der Evangelischen Akademie für engagierte Querdenker (IQuer).

Wie kommt ein Wissenschaftler in Ihrer Position dazu, sich für die Jury des Jugendpreises einer Evangelischen Akademie zur Verfügung zu stellen?

Eines meiner größten Anliegen ist die Nachwuchsförderung. Es gibt hier am DKFZ ein Mentoringprogramm speziell für Frauen, an dem ich mitarbeite. In diesem Programm geht es darum, dass ein erfahrener Wissenschaftler einer jungen Wissenschaftlerin als Berater zur Seite steht. Ich war bereits zweimal Mentor bei diesem Programm. Ein weiteres Förderprogramm am DKFZ ist das Science-Lab. Die jungen Leute, die in diesen Programmen mitarbeiten, sind die Wissenschaftler von morgen. Aus dieser Motivation, junge Leute an die naturwissenschaftliche Forschung heranzuführen und zu begleiten, begründet sich auch mein Engagement in der Jury des IQuer. Ich habe zwei der Preisträger als Mentor begleitet.

Der Preis, um den es geht, heißt „Jugendpreis für engagierte Querdenker“. Gibt es Kriterien, wann ein intelligenter und kreativer Kopf zum Querdenker wird?

Querdenker ist jemand, der mit einer guten Argumentation ein Thema formuliert, das jenseits des Mainstreams der Wissenschaft oder,

ganz allgemein, jenseits des gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurses liegt. So etwas gefällt mir. Wenn sich dieses theoretisch formulierte Querdenkertum dann noch in sichtbare Taten umsetzt, ist das wirklich perfekt. Am Science-Lab wurde ein Programm ausgearbeitet, das die ethischen Probleme der Genomsequenzierung, was gemeinhin als der Weg zum „gläsernen Menschen“ bezeichnet wird, jungen Wissenschaftlern in Estland nahezubringen versucht. In Estland geht man gerade daran, von der gesamten Bevölkerung eine Genomanalyse zu machen. Das ist ein Problem, das ethisch und gesellschaftswissenschaftlich reflektiert werden muss, in Estland aber wenig reflektiert wird. Die Generation, die das Gesetz beschlossen hat, ist für den ethischen Diskurs über dieses Thema kaum zu sensibilisieren. Wenn es aber gelingt, die jungen Leute mit solchen Gedanken bekannt zu machen, kann man in der nächsten Generation etwas erreichen. Deshalb ist die Jugend so wichtig.

Vor der Umsetzung des sogenannten „Bologna-Prozesses“ gab es an den Universitäten noch genügend Freiraum zum Querdenken. In den vergangenen Jahren haben sich nun durch die mit diesem Prozess verbundenen Reformen die meisten Studi-

engänge insofern verändert, als eine Straffung der Curricula zu einer stärkeren Verschulung geführt hat. Die Freiräume fürs „Querdenken“ werden dadurch seltener. Was bedeutet diese Veränderung des universitären Studiums für Einrichtungen wie die Evangelische Akademie? Müssen diese nun verstärkt einspringen, um Kreativität und Querdenkertum zu fördern?

Die Universitäten gehen mehr und mehr dazu über, nur noch Verfügungswissen zu vermitteln und dabei weniger Wert als früher auf das Orientierungswissen zu legen. Dieses Orientierungswissen gehört aber unbedingt dazu, wenn Wissenschaftler auch in Zukunft Verantwortung in der Gesellschaft wahrnehmen sollen. Im Blick auf die Entwicklung der immer komplexer werdenden Wissenschaft kann man sagen, dass die Verantwortung zukünftiger Generationen ganz bestimmt nicht kleiner wird. Wolfgang Wickler, ein früherer Direktor des Max-Planck-Instituts für Verhaltensphysiologie, hat einmal gesagt: „Der Mensch will mehr als er kann, und er kann mehr als er darf.“ Das macht deutlich, wie wichtig die ethische Reflexion der naturwissenschaftlichen Arbeit ist. Wenn Universitäten das nicht mehr leisten, liegt hier tatsächlich eine große Chance für Evangelische Akademien.

Was bedeutet es für die Wissenschaft selbst, wenn Bildung immer weniger als Gemeinschaftsaufgabe begriffen wird, sondern als Investition des Einzelnen in seine berufliche Zukunft?

Das ist eine Tendenz, die Sorge bereitet. Es muss gelingen, junge Menschen zu motivieren, weiter zu blicken als auf das, was ihnen im Studium beigebracht wird. Förderprogramme wie der IQuer sind wichtig, weil hier junge Menschen entdeckt und durch den Kontakt mit Mentoren gefördert werden. Tatsächlich muss aber stärker gefragt werden, warum jemand irgendetwas macht. Jeder will auf dem Siegtreppchen stehen. Dabei wird aber verkannt, dass herausragende Leistungen immer Gemeinschaftsleistungen sind. Forschung entsteht im Kollektiv; Leute müssen entsprechend motiviert sein, dann gibt es gute Ergebnisse.



Mitglied der Jury des Jugendpreises: Professor Frank Rösl. (Foto: DKFZ)

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex, die Speyrer Texte, die Speyrer Protokolle und die Speyrer Briefe.



Andreas Herting, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 06232/6020-0, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

EIN PREIS FÜR QUERDENKER

Am 27. November 2009 soll in der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz in Ludwigshafen der „Jugendpreis 2009 für engagierte Querdenker“ verliehen werden. Einsendeschluss für den mit 1500 Euro dotierten Preis ist der 7. September. Eingeladen sind alle jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren. Vergeben wird der Preis von einer siebenköpfigen Jury.

Der Jugendpreis soll junge Menschen ermutigen, ihre Begabungen mit Sinn und Verstand einzusetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dabei wird vonseiten der Evangelischen Akademie der Pfalz, die den Preis ausschreibt, bewusst keine spezielle Preisaufgabe gestellt. Vielmehr ist man interessiert an bereits bestehenden Projekten im Erfahrungshorizont junger Menschen. Gefragt sind Bewerber, die gesellschaftliche Herausforderungen erkennen, selbstständig nach Lösungen suchen, die Initiative ergreifen und fähig sind, ihr Engagement gedanklich zu durchdringen.

In einem Essay, das in deutscher Sprache abgefasst sein muss, sollen die Bewerber beschreiben, mit welchen zukunftsrelevanten Fragen sie sich auseinandergesetzt haben. Dabei geht es um bereits gewonnene Einsichten und Erfahrungen, aber auch um Felder, in denen sie sich bisher besonders engagiert haben.

Der Preisträger wird über einen längeren Zeitraum von einem renommierten Mentor begleitet, dessen Aufgabe es ist, die Entwicklung von Projekten zu unterstützen, bei Studien- und Berufsentscheidungen zu beraten, als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen und Kontakte herzustellen. Wie motivierend der IQer sein kann, beschreibt der Jurastudent Christoph Fischer: „Die Auszeichnung war für uns der Schub nach

vorn, unsere Ideen gegen alle Widerstände zu verfolgen und das Modell eines Austauschprogramms zwischen estnischen und deutschen Jugendlichen in Straßburg mit Mitgliedern des Europarats zu diskutieren.“

Wer sich bewirbt, muss mit zwei Referenzen aufwarten können. Eine der Empfehlungen muss die Teilnahme am Wettbewerb aus fachlicher Sicht begründen, die andere das dahinterstehende gesellschaftliche oder kulturelle Engagement erläutern. Beide Empfehlungen sollen die bisherigen Leistungen des Bewerbers verdeutlichen. Zusammen mit dem eingereichten Essay sind die Referenzen Grundlage für eine erste Auswahl. Die endgültige Entscheidung trifft die Jury nach einem halbstündigen Gespräch mit den Bewerbern.

Der siebenköpfigen Jury gehören neben Kirchenpräsident Christian Schad die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen sowie die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse als Vertreter der Politik an. Die Wissenschaft vertreten die Professoren Frank Rösl, Molekularbiologe am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg, und der Vizepräsident der Universität Koblenz-Landau, Ulrich Sarcinelli. Komplettiert wird die Jury durch die Generalintendantin des Schauspielhauses Düsseldorf, Amélie Niermeyer, und den Leiter der Sendung „Das Ding“ beim Südwestrundfunk, Wolfgang Gushurst. *mas*

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Juni 2009 > www.eapfalz.de

7. September

Bewerbungsschluss Jugendpreis für engagierte Querdenker

Der Preis würdigt junge Menschen, die sich gesellschaftlich, kulturell, politisch, kirchlich oder karitativ engagieren und die Horizonte ihres Engagements intensiv durchdenken. Zu gewinnen gibt es ein Mentoringprogramm und ein Preisgeld von 1500 Euro (siehe Beitrag links).

14.–18. September, Kassel

Consulting-Akademie – Kooperationen und Individualethik

Grundlagen einer ethisch und sozialökologisch orientierten Unternehmensführung sowie Elemente des Beratungswesens in den genannten Bereichen sind Thema dieses Blockseminars. Bearbeitet werden sowohl wichtige theoretische Aspekte als auch aktuelle praxisbezogene Fragen und Modelle (für fortgeschrittene Studierende).

25.–27. September, Butenschoen-Haus, Landau

Als das Leben laufen lernte –

Das Selbst- und Weltbild der Evolutionisten im Kreuzfeuer.

Von Kreationismus und Intelligent Design

Charles Darwin revolutionierte 1859 mit seiner Evolutionstheorie von der Veränderung der Organismenarten unser Selbst- und Weltbild. Der Konflikt zwischen Evolutionstheorie und Schöpfungsglauben bricht wieder auf. Was bedeutet Evolution mit ihren Voraussetzungen und Konsequenzen heute? Gibt es zur Evolutionstheorie eine ernsthafte Alternative (für Jugendliche)?

1. Oktober, Historischer Ratssaal, Speyer, 19 Uhr

9. Speyerer Herbstforum:

Muss das christliche Menschenbild sich ändern?

Der medizinische Fortschritt verlangt neue ethische Antworten und produziert unweigerlich neue Dilemmata – etwa im Bereich der embryonalen Diagnostik und der Stammzellenforschung. Die christliche Moral gerät unter Druck. Was bedeutet das für das christliche Menschenbild? Die Podiumsdiskussion auf dem Herbstforum wird von SWR 2 Kultur aufgezeichnet und gesendet.

6. Oktober, Heinrich-Pesch-Haus, Ludwigshafen, 19 Uhr

Christlich-Islamisches Gespräch:

Was sind Ausdrucksformen alltäglichen Respekts?

Der Christlich-islamische Gesprächskreis (CIG) ist offen für alle, die an gegenseitiger Verständigung zwischen christlichen, islamischen und nichtgläubigen Menschen in Ludwigshafen interessiert sind.

14. November, Diakoniezentrum Bethesda, Landau

Pfälzischer Hospiztag:

Ethische Herausforderungen der ambulanten Hospizarbeit

Wenn eine würdige Begleitung Sterbender gefragt ist, wirken viele Instanzen zusammen: Hospizfachkräfte, ehrenamtliche Hospizhelfer, Hausärzte, Palliativmediziner, Pflegekräfte, Kassenvertreter, Seelsorger und Angehörige. Der Rechtsanspruch auf eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung soll dem Rechnung tragen. Welche Chancen und Herausforderungen für die Akteure damit verbunden sind, ist Thema des Hospiztages. In Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Hospizhilfe Saar/Pfalz.

20.–21. November,

Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau

Zuwanderung gestalten – Demografische, integrationspolitische und ethische Herausforderungen in der Region

Eine effektive und menschenwürdige Gestaltung von Zuwanderung ist eine der großen Zukunftsaufgaben. Schon jetzt zeichnet sich ein erheblicher Fachkräftemangel ab. Wie kann sich die Metropolregion auf die anstehenden Veränderungen einstellen? Die Tagung richtet sich vor allem an regionale Akteure aus Politik, Wirtschaft und Integrationsarbeit.

e-mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 62 32/60 20-0 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 62 32/60 20-22 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Domplatz 5, 67346 Speyer. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname Name

e-mail Beruf

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Tel. privat Tel. dienstlich